



Pressemitteilung

Mainz, 17.09.2019

Frauenpolitik und die OB-Wahl in Mainz

Was hat Frauenpolitik mit der OB-Wahl in Mainz zu tun? Eine ganze Menge, findet das Frauenbündnis Rheinland-Pfalz und hat Mitte Juli an die zum damaligen Zeitpunkt drei Kandidierenden Tabea Rößner, Michael Ebling und Nino Haase vier Fragen zu ihren Vorstellungen zur künftigen städtischen Frauen- und Gleichstellungspolitik gestellt.

Auffällig war für die Vertreterinnen der Frauenorganisationen im Bündnis, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik im anlaufenden OB-Wahlkampf keine Rolle zu spielen schien. Dies trotz der Tatsache, dass die Mehrheit der in Mainz Wohnenden und Wahlberechtigten weiblich ist. Wie also werden es die Kandidatin und die beiden Kandidaten künftig mit der kommunalen Pflichtaufgabe Gleichstellung halten, wenn sie die Wahl gewinnen?

Dazu erhielten sie folgende Fragen:

- 1. Die städtische Frauen- und Gleichstellungspolitik fällt in Mainz bisher unmittelbar in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters/der Oberbürgermeisterin. Wollen Sie, wenn Sie zum Oberbürgermeister / zur Oberbürgermeisterin gewählt werden, an dieser Zuordnung festhalten und Frauen- und Gleichstellungspolitik weiterhin als Querschnittsaufgabe annehmen?*
- 2. Welchen Stellenwert hat für Sie die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Mainz und was glauben Sie, können Sie konkret als Oberbürgermeister_in in den nächsten acht Jahren tun, um die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu fördern und die Arbeit der Frauen- und Mädchenorganisationen in Mainz finanziell abzusichern?*
- 3. Wie wollen Sie als Oberbürgermeister_in zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz beitragen?*
- 4. Was ist aus Ihrer Sicht das größte frauen- und gleichstellungspolitische Problem und wie wollen Sie auf kommunaler Ebene zu dessen Lösung beitragen?*

Und die Antworten?

»Für uns war entscheidend, Fragen zu stellen und allen Mainzerinnen die Antworten zugänglich zu machen«, so Regine Hungershausen vom Frauenzentrum Mainz für das Frauenbündnis Rheinland-Pfalz. »Wir sprechen als Bündnis keinerlei Wahlempfehlung aus, wollen aber, dass sich die Mainzerinnen und die hier angesiedelten Frauenorganisationen selbst ein Bild machen können. Daher dokumentieren wir die Antworten in der Reihenfolge, in der sie bei uns eingetroffen sind.«

Erfreulich findet das Frauenbündnis, das für alle drei Kandidierenden kommunale Frauen- und Gleichstellungspolitik wichtig sei und bleibe. So wollen sowohl Amtsinhaber Michael Ebling als auch Tabea Rößner und Nino Haase nicht daran rütteln, dass in Mainz die Zuständigkeit für Frauen- und Gleichstellungspolitik direkt beim Stadtoberhaupt angesiedelt ist.

Unterschiedliche Prioritäten setzen die Kandidatin und die Kandidaten dann bei den Themen, die für sie unmittelbar mit Frauen- und Gleichstellungspolitik verknüpft sind. Worin sie sich unterscheiden, ist in den Antworten nachzulesen.

Da die zwei weiteren OB-Kandidaten Martin Malcherek und Martin Ehrhardt bislang noch nicht befragt wurden, will das Frauenbündnis dies nachholen.

Dem Frauenbündnis Rheinland-Pfalz gehören an:

DGB Frauen Rheinland-Pfalz/Saarland; Deutscher Frauenring e.V., Landesverband Rheinland-Pfalz; Frauenzentrum Mainz e.V.; KOBRA, Zentrum für selbstbestimmtes Leben; LAG der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten Rheinland-Pfalz; LAG der autonomen Frauennotrufe Rheinland-Pfalz; Das Mädchenhaus Mainz; pro familia, Landesverband Rheinland-Pfalz; Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Rheinland-Pfalz; Verein Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.; ver.di- Frauen Rheinland-Pfalz-Saarland.

OB-Wahlkampf / Fragen zur Frauen- und Gleichstellungspolitik

1. *Die städtische Frauen- und Gleichstellungspolitik fällt in Mainz bisher unmittelbar in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters. Wollen Sie, wenn Sie zur Oberbürgermeisterin gewählt werden, an dieser Zuordnung festhalten und Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe annehmen?*

Selbstverständlich sollte gerade für die erste Oberbürgermeisterin in Mainz die Frauen- und Gleichstellungspolitik in ihrem Geschäftsbereich liegen. Daher würde ich diese Zuordnung unbedingt beibehalten und das Engagement für die Belange von Frauen verstärken.

2. *Welchen Stellenwert hat für Sie die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Mainz und was glauben Sie, können Sie konkret als Oberbürgermeisterin in den nächsten acht Jahren tun, um die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu fördern und die Arbeit der Frauen- und Mädchenorganisationen in Mainz finanziell abzusichern?*

In Zeiten der Me Too-Debatte sehen wir, dass wir noch weit entfernt sind von einer geschlechtergerechten Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen ist leider immer noch ein alltägliches Thema, vor dem wir die Augen nicht verschließen dürfen.

Für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen sind es gerade die Kommunen, die die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Und auch die Altersarmut ist in erster Linie ein weibliches Phänomen, für das wir auch in Mainz eine Antwort finden müssen.

Daher hat die Frauen- und Gleichstellungspolitik für mich einen hohen Stellenwert. Ich möchte als Oberbürgermeisterin die gute Arbeit des Frauenbüros unterstützen sowie die Mädchen- und Frauenarbeit nach Möglichkeit ausbauen. Als Oberbürgermeisterin will ich auch, dass die Stadt mit gutem Beispiel vorangeht und bei der Vergabe von Leitungsstellen in der Verwaltung sowie in städtischen Gesellschaften mehr Frauen als bislang berücksichtigt.

Mit einer familienfreundlichen Verwaltung, familienfreundlichen Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen, Ganztagsangeboten an Kitas und Schulen sowie anderen familienunterstützenden Maßnahmen will ich gleichermaßen Frauen und Männer stärken, die Verantwortung für Kinder übernehmen.

Über den städtischen Haushalt und damit die finanzielle Unterstützung der Frauen- und Mädchenorganisationen entscheidet der Stadtrat. Als Oberbürgermeisterin werde ich mich aber für deren finanzielle Absicherung einsetzen, dafür habe ich auch die Unterstützung der Grünen als größter Fraktion im Stadtrat.

Die Aufgaben wachsen (Online-Beratung, vermehrte Beratungsanfragen nach Übergriffen), und die Kosten durch Tarifierhöhungen steigen. Dem muss Rechnung getragen werden. Das gilt für den Frauennotruf genau so wie für das Frauenhaus, das zudem bedarfsgerecht ausgebaut werden muss. Die Angebote für Präventions- und Aufklärungsarbeit für Mädchen in Schulen wie auch die Unterstützungs- und Beratungsangebote für Lehrer*innen und Eltern will ich stärken. Mit einer familienfreundlichen Verwaltung, familienfreundlichen Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen, Ganztagsangeboten an Kitas und Schulen sowie anderen familienunterstützenden Maßnahmen sollen Frauen wie Männer gestärkt werden, wenn sie Verantwortung für Kinder oder in der Pflege Angehöriger übernehmen.

3. *Wie wollen Sie als Oberbürgermeisterin zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz beitragen?*

Das Ziel muss sein, von Gewalt betroffene Frauen bestmöglich zu unterstützen, aber natürlich auch Präventionsangebote zu schaffen und ein stärkeres öffentliches Bewusstsein zu schaffen.

Unterstützungsangebote leisten in Mainz vor allem die Frauen- und Mädchenorganisationen. Deshalb ist deren finanzielle aber auch politische Unterstützung so wichtig. Ich möchte als Oberbürgermeisterin darüber hinaus überprüfen, wie und ob der Gewaltschutz in den städtischen Ämtern und Einrichtungen verankert ist und gegebenenfalls durch ein neues Gewaltschutzkonzept verbessert werden kann.

4. *Was ist aus Ihrer Sicht das größte frauen- und gleichstellungspolitische Problem und wie wollen Sie auf kommunaler Ebene zu dessen Lösung beitragen?*

Neben dem Schutz von Frauen vor Gewalt ist für mich die Stärkung der Eigenständigkeit von Frauen, insbesondere ihrer finanziellen Situation das relevanteste frauenpolitische Thema. Hier lässt sich von städtischer Seite einiges bewegen. Frauen, die sich selbstständig machen, bekommen dabei aber nur wenig Unterstützung oder werden von Förderprogrammen zu Gründungen oft nicht erfasst. Hier wäre wichtig, Druck auf die Landesregierung auszuüben, Förderprogramme weiterzudenken und auch Gründungen von Frauen stärker zu unterstützen.

Innerhalb der eigenen Verwaltung muss es familienfreundliche Arbeitsbedingungen geben und vor allem eine befördernde Atmosphäre, die dafür sorgt, dass auch mehr Männer Familienarbeit übernehmen. Bei der Versorgung mit Betreuungsangeboten will ich neben den Kita-Plätzen auch die Hortplätze ausbauen. Dabei zählt für mich nicht nur Quantität, sondern gerade auch Qualität in den Einrichtungen, damit Eltern ein gutes Gefühl in Sachen Betreuung ihrer Kinder haben.

Außerdem will ich die Beratung von Frauen in der Familienphase aber auch im Vorfeld der Rentenphase verstärken.

Frauenbündnis Rheinland-Pfalz
c/o Frauenzentrum Mainz e. V.
Frau Regine Hungershausen
Kaiserstraße 59 - 61
55116 Mainz

28. August 2019

Sehr geehrte Frau Hungershausen,
liebe aktive Frauen,

für Ihr Schreiben vom Juli 2019 möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich begrüße es, dass Sie frauen- und gleichstellungspolitische Fragestellungen und Positionierungen abfragen und damit sichtbar machen und deshalb antworte ich Ihnen gerne nachfolgend auf die vier Fragen.

1. Ich halte es richtig, dass die Frauen- und Gleichstellungspolitik der Stadt Mainz weiterhin als Querschnittsaufgabe im Dezernat des Oberbürgermeisters angesiedelt wird. Neben der wichtigen Aufgabe des Frauenbüros als Gleichstellungsstelle innerhalb der Verwaltung der Landeshauptstadt Mainz möchte ich die Aufgabe des Frauenbüros als Impulsgeberin, Mittlerin und Verstärkerin der gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteure sowie der frauenpolitischen Verbände und Vereinigungen betonen. Dazu steht für mich auch außer Frage, dass der bisherige personelle Umfang des Frauenbüros der Stadt Mainz nicht angetastet werden darf.
2. Die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Mainz hat für mich einen sehr hohen Stellenwert. Ich möchte, dass der städtische Gleichstellungsaktionsplan weiterhin eine ernsthafte Richtschnur für die Frauen- und Gleichstellungspolitik bleibt und will, dass die Ziele aus dem Plan konsequent nachgehalten werden. Als Oberbürgermeister und Personaldezernent ist es mir ebenso wichtig, dass die Verwaltung selbst bei der Umsetzung gleichstellungspolitischer Ziele Maßstäbe setzt. In den vergangenen Jahren ist es durch eine konsequente Frauenförderung und eine bewusste Stellenbesetzung insbesondere in der Führungsebene der Verwaltung gelungen, den Anteil von Frauen zu erhöhen. Dies möchte ich fortsetzen.

Durch eine nachhaltige Finanzpolitik gab es in den vergangenen sechs Jahren immerhin fünfmal städtische Haushalte, die ausgeglichen waren und auch einen Überschuss auswiesen. Dies hat für den gesamten Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen Spielräume ergeben. So konnten erstmals die Mittel im Gemeinwesenbereich deutlich erhöht werden, ebenso konnten bei einem Teil der Träger der Jugendhilfe Steigerungen erreicht werden. Nun gilt es in den kommenden Jahren auch für die Trägerinnen der Frauen- und Mädchenorganisationen in Mainz Zuwächse zu realisieren. Dafür werde ich mich beginnend mit dem kommenden Doppelhaushalt einsetzen, wissend, dass dies nur mit einer Mehrheit im Mainzer Stadtrat gemeinsam erreicht werden kann. Als einen ersten notwendigen Schritt betrachte ich die Fortschreibung der bestehenden Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Mainz und dem Frauennotruf Mainz e. V. und dessen Erhöhung und nachhaltige Absicherung des Zuschusses für die kommenden Jahre.

Aus meiner Sicht wird die aktuelle Arbeit im Frauenausschuss des Stadtrates dem Stellenwert der Frauen- und Gleichstellungspolitik in unserer Stadt nicht gerecht. Ich würde mir nach dem Abschluss zweier Wahlen, der Kommunal- und der Oberbürgermeister/innen-Wahl, wünschen, dass die Trägerinnen von Mädchen und Frauenorganisationen gemeinsam mit der Verwaltung politische Impulse setzen, die dem Ausschuss eine deutlich stärkere Rolle zuweisen.

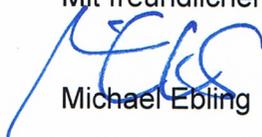
3. Ich begrüße die Istanbul-Konvention. Inhaltlich, weil sie die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu einem nationalen und internationalen Ziel erklärt. Ich begrüße sie auch, weil die bisherige Erfahrung im Umgang mit internationalen Konventionen mir gezeigt hat, dass dadurch nationale und hiermit letztlich auch kommunale Debatten positiv dynamisiert werden können. Aus meiner Sicht, und dieser Ansatz verbindet sich mit dem unter 2. genannten Gesichtspunkt zum Frauenausschuss, sollten im Stadtrat die Verpflichtungen aus der Konvention thematisiert werden. Dazu bedarf es vorrangig einer Analyse des Handlungsbedarfs für die Umsetzung der Konvention und damit eine Beschreibung, wie ein bedarfsdeckendes zugängliches Beratungs- und Schutzangebot für alle betroffenen Frauen verstärkt werden kann. Die Landeshauptstadt Mainz soll auch weiterhin Vorreiter im Lande Rheinland-Pfalz sein. Deshalb würde ich anregen, gemeinsam mit dem Frauenministerium Rheinland-Pfalz eine solche Untersuchung in Auftrag zu geben, die dann vom Frauenausschuss insbesondere zur Umsetzung begleitet werden soll.

Die notwendige finanzielle Ausstattung des Frauennotrufs als ersten richtigen Schritt habe ich bereits oben beschrieben.

4. Wenn Sie mich fragen, was „das größte frauen- und gleichstellungspolitische Problem“ ist, dann möchte ich mich bei dieser Antwort tatsächlich auf das aus meiner Sicht größte Problem beschränken. Dies ist aus meiner Sicht die fehlende Repräsentanz von Frauen in den städtischen Gremien. Ich bin froh und auch ein wenig stolz, dass meine politischen Freundinnen und Freunde es für selbstverständlich erachten, bei der Aufstellung von Listen die Geschlechterparität konsequent zu berücksichtigen. Aber die Gesamtsammensetzung des frischgewählten Stadtrates und damit in der Folge der (zu bildenden) städtischen Gremien, wird mit dem eklatanten Mangel behaftet sein, dass sich die Hälfte der städtischen Gesellschaft nicht ausreichend repräsentiert sieht. Bereits bei der Feierstunde zu „100 Jahre Frauenwahlrecht“ im Ratssaal der Stadt Mainz, habe ich deutlich gemacht, dass ich ein Paritätsgesetz befürworte. Dies ist keine auf der kommunalen Ebene umzusetzende Maßnahme. Aber mit einem gemeinsamen und vor allen Dingen lauten Chor fortschrittlicher Kräfte im Vorfeld der Landtagswahl 2021, halte ich es für ein erstrebenswertes Ziel, ein Paritätsgesetz auf die landespolitische Agenda zu bringen.

Für weitere Fragen, Anregungen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung und bedanke mich auch noch einmal für unseren angenehmen und konstruktiven Meinungsaustausch vor wenigen Tagen.

Mit freundlichem Gruß



Michael Ebling

Hier nun die Antworten von Nino Haase auf Ihre Fragen:

1. Die städtische Frauen- und Gleichstellungspolitik fällt in Mainz bisher unmittelbar in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters. Wollen Sie, wenn Sie zum Oberbürgermeister gewählt werden, an dieser Zuordnung festhalten und Frauen- und Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe annehmen?

2. Welchen Stellenwert hat für Sie die Frauen- und Gleichstellungspolitik in Mainz und was glauben Sie, können Sie konkret als Oberbürgermeister in den nächsten acht Jahren tun, um die Frauen- und Gleichstellungspolitik zu fördern und die Arbeit der Frauen- und Mädchenorganisationen in Mainz finanziell abzusichern?

-> **Die Fragen 1 und 2 beantworte ich zusammen:** Frauen- und Gleichstellungspolitik hat für mich einen sehr hohen Stellenwert, und dabei geht es eben nicht "nur" um Frauen, sondern um Frauen und Männer, um Familien, um Kinder, also um unsere Gesellschaft insgesamt. Von daher würde ich die Frauen- und Gleichstellungspolitik zum einen weiterhin im Geschäftsbereich des OB ansiedeln, um ihr die notwendige Bedeutung zu sichern.

Ich würde aber gleichzeitig darauf achten, dass Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht NUR dort stattfindet, sondern in allen thematischen Bereichen, auf allen Ebenen und bei allen Stellenvergaben mit-gedacht und berücksichtigt wird. Das heißt natürlich auch, dass Aspekte der Gleichstellungspolitik in finanzielle Planungen mit einfließen, und zwar eben nicht nur bei dezidierten "Frauenprojekten", sondern bei allem, was unser Zusammenleben hier in Mainz betrifft. Das fängt bei der Vergabe von Stellen in der Verwaltung an und hört beim Nahverkehr noch lange nicht auf.

3. Wie wollen Sie als Oberbürgermeister zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Mainz beitragen?

-> **Antwort:** Zunächst muss ich sagen, dass das Thema Istanbul-Konvention beim Mainzer Frauenbüro absolut sinnvoll angesiedelt ist und dort auch schon viel gute Arbeit geleistet wurde. Darüber hinaus bin ich sehr dafür, vorhandene Aktionen und Instrumente noch viel stärker zu nutzen und publik zu machen - salopp gesprochen, muss man gerade mit Blick auf die knappen kommunalen Ressourcen nicht jedes Mal das Rad neu erfinden.

Das Hilfetelefon "Gewalt gegen Frauen" ist beispielsweise ein bundesweites Beratungsangebot, das sich seit Jahren hervorragend bewährt hat und mit ausgebildeten Fachkräften Betroffene aller Nationalitäten anonym und kostenfrei berät, 365 Tage im Jahr, rund um die Uhr.

In Peru hat man ein ähnliches Hilfsangebot breit publik gemacht, indem man die Telefonnummer auf jede Wasserrechnung gedruckt hat; so kam praktisch jeder Haushalt einmal damit in Berührung. Ich könnte mir beispielsweise vorstellen, dass wir in Zusammenarbeit mit den Mainzer Stadtwerken etwas ähnliches machen.

4. Was ist aus Ihrer Sicht das größte frauen- und gleichstellungspolitische Problem und wie wollen Sie auf kommunaler Ebene zu dessen Lösung beitragen?

-> **Antwort:** Das größte frauen- und gleichstellungspolitische Problem ist für mich das Thema Teilhabe und Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Denn die besten Frauenfördermaßnahmen und Angebote nützen nichts, wenn Frauen sie aus zeitlichen und organisatorischen Gründen gar nicht wahrnehmen

können. Das betrifft besonders Frauen mit Kindern, ob alleinerziehend oder in der Familie. Mütter - und Väter! - brauchen in erster Linie Zeit und Flexibilität, und zwar auf allen Ebenen.

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Arbeitsplätze in der öffentlichen Hand familienfreundlicher werden und dass wir insbesondere Frauen eine bessere Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglichen: flexiblere Kinderbetreuungsangebote, mehr Jobsharing, mehr Führen in Teilzeit, mehr Homeoffice-Möglichkeiten sind hier die wichtigsten Stichworte.

Und auch in der Verwaltung brauchen wir familienfreundlichere Öffnungszeiten bzw. die Möglichkeit, mehr Dinge online zu erledigen. Die Digitalisierung, vor der viele Menschen an anderer Stelle Angst haben, bietet uns hier wirklich tolle Chancen, die wir nutzen sollten!

In der Wirtschaft wurde das aufgrund des Fachkräftemangels schon in vielen Unternehmen erkannt und umgesetzt. Aber auch eine Landeshauptstadt Mainz sollte beim Thema Gleichstellung und Familienfreundlichkeit sowohl als Arbeitgeber als auch als Dienstleister mit gutem Beispiel vorangehen.